



Nr. 19

Berlin, 19. Mai 2011

## **Inhalt:**

[Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung – Nagelprobe steht noch aus+++](#)

### **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

[BBB zur Steuerschätzung: „Weg mit Nullrunde und weiteren Sparmaßnahmen“+++](#)

[Appell des dbb nrw: Ja sagen zu angemessener Mitbestimmung+++](#)

[dbb rheinland-pfalz empört über „neue Sparhammer“+++](#)

[dbb hamburg sieht nach Spitzengespräch „Bewegung, aber keine Annäherung“+++](#)

[dbb saar fordert Rücknahme der Nullrunde+++](#)

[sbb fordert: Altersteilzeitregelung jetzt!+++](#)

[Thüringens Beamte verärgert über Hinhaltenaktik des Finanzministers+++](#)

[Bundeswehrreform: VBB vermisst klare Aussagen zur Struktur der Bundeswehrverwaltung+++](#)

[VBOB wehrt sich gegen den Sparkurs der Bundesregierung+++](#)

[DPOIG widerspricht Medienberichten über Polizeifehler bei der Loveparade+++](#)

### **Namen und Nachrichten +++**

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung – Nagelprobe steht noch aus

**(dbb) Am 10. Mai 2011 sind die Tarifverhandlungen zum Thema Zusatzversorgung mit Bund, Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) im Bundesministerium der Finanzen in Berlin fortgesetzt worden.**

Wie die dbb tarifunion mitteilte, ist es zentraler Gegenstand der Verhandlungen, die Vorgaben des Bundesgerichtshofs (BGH) bezüglich der Berechnung der so genannten Startgutschriften für die Beschäftigten rechtssicher umzusetzen. Bei den Startgutschriften handelt es sich um die Anwartschaften, die den Beschäftigten im Rahmen der Umstellung des Systems der Zusatzversorgung vom Gesamtversorgungs- auf das Punktemodell zum 31. Dezember 2001 gutgeschrieben wurden.

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich nun über mögliche neue Berechnungsgrundlagen für die Startgutschriften rentenferner

Jahrgänge ausgetauscht und auf einen Zeitplan für weitere Verhandlungen verständigt. Für die Gewerkschaften ist klar, dass die neuen Regelungen den gerichtlichen Vorgaben standhalten müssen und dass die Veränderungen im Übergangsrecht des Punktemodells keinen finanziellen Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringen dürfen. Ein weiterer Verhandlungstermin wurde für den 30. Mai vereinbart. Dann sollen die notwendigen Änderungen im Übergangsrecht unter Dach und Fach gebracht werden, damit so schnell wie möglich Rechtssicherheit für die Beschäftigten hergestellt ist.  
(01/19/11)

## *Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften*

### **BBB zur Steuerschätzung: „Weg mit Nullrunde und weiteren Sparmaßnahmen“**

**(dbb) Nachdem mit der Steuerschätzung vom 12. Mai 2011 sprudelnde Steuereinnahmen und damit auch eine deutliche Entspannung für die öffentlichen Haushalte angekündigt wurde, hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) Konsequenzen gefordert. „Damit gibt es keinen Grund mehr, an Sparbeschlüssen festzuhalten“, stellte der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann fest.**

Im Rahmen des Doppelhaushalts 2011/2012 sind für die Beamten in Bayern weitreichende Sparmaßnahmen vorgesehen: eine Nullrunde in 2011, die Verlängerung der so genannten Wiederbesetzungssperre, die befristete Absenkung der Besoldung von Berufseinsteigern sowie die Aussetzung leistungsbezogener Zahlungselemente. „Die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Das erfordert ‚tätige Reue‘ seitens des Dienstherrn“, so der BBB-Chef.

In einem ersten Schritt sei der aktuell aufgelaufene Einkommensrückstand der bayerischen Beamtinnen und Beamten auszugleichen und eine Erhöhung der Besoldung auch für das kommende Jahr vorzusehen. Wenn Gehälter in der freien Wirtschaft und im Tarifbereich steigen, sei eine Nullrunde niemandem zu vermitteln, zeigte sich Habermann überzeugt: „Als Reservekasse wurden wir nicht verpflichtet.“ Auch die – aus personalpolitischer Sicht völlig unverantwortlichen – weiteren Punkte des Haushaltsgesetzes verlangten eine Korrektur.  
(02/19/11)

### **Appell des dbb nrw: Ja sagen zu angemessener Mitbestimmung**

**(dbb) Der dbb nrw hat bei einer Expertenanhörung am 12. Mai 2011 im Landtag alle Fraktionen aufgefordert, dem Gesetzentwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes zuzustimmen. Mit dem von der Landesregierung eingebrachten Entwurf werde in**

---

## **Nordrhein-Westfalen im Landesdienst und bei Kommunen wieder „angemessene Mitbestimmung durch umfassende Beteiligung auf Augenhöhe“ hergestellt.**

Schwarz-Gelb hatte 2007 Mitbestimmung und andere Beteiligungsrechte sowie Freistellungen für Personalratsarbeit so zusammengestrichen, dass qualifizierte Personalratsarbeit nicht mehr möglich war. Der dbb-Landesbund hatte bei der Entwicklung des Gesetzentwurfs über 100 Änderungsvorschläge eingebracht, von denen eine große Zahl aufgegriffen wurde. So werden Personalräte zukünftig wieder mitbestimmen bei Einführung neuer Arbeitsmethoden oder technischer Einrichtungen, wenn die Überwachung der Beschäftigten nicht ausgeschlossen werden kann sowie bei Maßnahmen zu Privatisierungen. Ebenso wird die Mitbestimmung wieder eingeführt bei Personalmaßnahmen wie Umsetzung innerhalb von Dienststellen, Ablehnung von Anträgen auf Teilzeit oder Beurlaubungen, Verlängerung von Probezeiten, orden-

tlichen Kündigungen, Befristung von Arbeitsverträgen oder vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand.

„Mit der Verabschiedung eines neuen Personalvertretungsgesetzes wird weitestgehend Gleichklang mit den Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz für Betriebsräte hergestellt“, sagte der Landesvorsitzende des dbb nrw, Meinolf Guntermann. Umfassende Beteiligung diene dem sozialen Frieden, stärke das Verantwortungsbewusstsein und fördere die Innovationsbereitschaft der Beschäftigten. „Deshalb fordere ich alle Fraktionen im Landtag auf, zuzustimmen und das Gesetz schnellstens zu verabschieden“, so Guntermann. (03/19/11)

## **dbb rheinland-pfalz empört über „neue Sparhammer“**

**(dbb) Verärgert und empört hat der dbb rheinland-pfalz auf die Ankündigung von Finanzminister Carsten Kühl reagiert, wonach im öffentlichen Dienst neben den bisher bekannten, schmerzhaften Einschnitten bei Besoldung, Versorgung und Pensionsaltersgrenze unter anderem auch noch hunderte Stellen entfallen und weitere Kürzungen bei der Bezahlung vorgenommen werden sollen.**

dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte dazu am 17. Mai 2011: „Die Beamtinnen und Beamten des Landes und in den Kommunen sind nicht schuld an der prekären Haushaltslage.“ Aber weil es so schön einfach sei, sie nur mit einem Federstrich unter einem Gesetzentwurf zu schröpfen, sollen sie mal wieder ausbaden, was die Politik versiebt habe. „Das können, das werden wir uns so nicht bieten lassen“, sagte Lenz.

Der dbb Landesbund habe bereits befürchtet, dass neben den im rot-grünen Koalitionsvertrag bereits grundsätzlich niedergelegten, inflationsbereinigten Minusrunden der Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bis 2016 und der Erhöhung der allgemeinen Ruhestandsaltersgrenze auf 67 Jahre weitere Einschnitte drohen könnten. Lenz: „Personaleinsparungen in den Schulen, bei der Polizei, der Finanz- und Katasterverwaltung - da geht es ans Eingemachte.“ (04/19/11)

## **dbb hamburg sieht nach Spitzengespräch „Bewegung, aber keine Annäherung“**

**(dbb) Nach einem Spitzengespräch am 16. Mai 2011 zwischen Hamburger Senat und Gewerkschaften sieht der dbb hamburg „zwar etwas Bewegung in Sachen Besoldungsanpassung und Sonderzahlung; von Annäherung kann aber nicht gesprochen werden“. Trotz bundesweit prognostizierter Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe, die auch in Hamburg zu Buche schlagen, halte der Senat an seinen Sparvorhaben für die Staatsdiener fest.**

---

Bei allem Verständnis für die angespannte Haushaltslage in Hamburg könne es nicht sein, „dass die Beamten und Versorgungsempfänger trotz eines milliardenschweren Geldregens zur Kasse gebeten werden“; sagte der dbb Landesvorsitzende Rudolf Klüver. „Wir halten dies für unseriös und unverantwortlich.“

Der Rahmen sei von Seiten des Senats „viel zu eng gesetzt“. Der Senat müsse „aufpassen,

dass die Loyalität der Beamten nicht ins Gegenteil umkippt - dann kann sich Hamburg einen guten und effizient arbeitenden öffentlichen Dienst abschminken“, so Klüver. Der dbb hamburg bestehe darauf, dass das Tarifergebnis vom März 2011 auch auf die Beamten übertragen wird und fordere den Einbau der Sonderzahlung in die monatlichen Grundgehälter.

(05/19/11)

## dbb saar fordert Rücknahme der Nullrunde

**(dbb) Der dbb saar hat eine Rücknahme der Nullrunde für Landes- und Kommunalbeamte aufgrund der positiven Steuerschätzungen gefordert. Wenn das Saarland Mehreinnahmen in Millionenhöhe bekomme, sei es nicht mehr vertretbar, Beamte „weiter als Sparschweine zu missbrauchen“, sagte dbb-Landeschef Artur Folz am 12. Mai 2011 in Saarbrücken.**

Er verwies darauf, dass Beamte „mit einem Sonderopfer“ die Hauptlast der Einhaltung der Schuldenbremse in einem Volumen von 35 Millionen Euro tragen müssten. Bei einer Preissteigerungsrate von drei Prozent würde dies eine „deutliche Minusrunde“ bedeuten. Beamte dürften nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

Folz betonte, das Saarland sei neben Bayern das einzige Bundesland, das sich für das Jahr 2011 auf eine Nullrunde festgelegt hätte. Bay-

ern sei jedoch „kein Maßstab“, weil dort Weihnachts- und Urlaubsgeld gezahlt würden und die bayerische Landesregierung ihren Beamten im kommenden Jahr einen Ausgleich für 2011 in Aussicht gestellt habe. Folz wies zudem darauf hin, dass das Saarland von den Ländern, die ebenfalls im Zuge der Schuldenbremse Konsolidierungshilfen erhielten, das einzige Land sei, das seinen Beamten eine Besoldungsanpassung verweigere.

(06/19/11)

## sbb fordert: Altersteilzeitregelung jetzt!

**(dbb) Während es für Angestellte im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes sowie für Beamte des Bundes wieder Altersteilzeitregelungen gibt, hält sich der Freistaat Sachsen bei seinen Angestellten und Beamten bedeckt. Dabei ließe sich das größer werdende Personalproblem durch die zunehmende Überalterung der nächsten Jahre mit Altersteilzeit besser lösen, erklärte der Sächsische Beamtenbund sbb am 16. Mai 2011.**

„Viele Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst Sachsens wünschen sich mit zunehmendem Alter eine Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz in Würde zu verlassen. Einerseits besitzen sie die Erfahrungen eines langen Arbeitslebens, die sie gern an junge Kollegen weitergeben. Andererseits sind sie den physischen und psychischen Anforderungen an ihren Beruf oft nicht mehr voll gewachsen. Sie würden in diesem Fall auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten, aber gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, junge, hoch motivierte Mitarbeiter neu einzustellen und einzuarbeiten. Jetzt öffnet der neue

Tarifvertrag der Länder mit einer Öffnungsklausel den Bundesländern die Möglichkeit, für ihre angestellten Mitarbeiter Tarifverträge zur Altersteilzeit abzuschließen.“

Der sbb habe deshalb gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Sachsens den Finanzminister aufgefordert, in Verhandlungen zu einer neuen Regelung des Altersüberganges einzutreten. „Wer heute seine Arbeitnehmer in freiwillige Altersteilzeit entlässt, kann für zwei ältere sofort einen jüngeren Mitarbeiter einstellen. Das

ist relativ kostenneutral und sichert den gleitenden Personalwechsel für die nächsten Jahre“, sagte Günter Steinbrecht, Landesvorsitzender des sbb – beamtenbund und tarifunion sachsen. Mit Aktionen unter dem Motto „Wir machen Dampf“ werden die Lehrerverbände

im sbb am 25. Mai 2011 mit einem Dampfer vor dem Finanz- und Kultusministerium „aufkreuzen“, um ihren Forderungen nach Alterszeit und Neueinstellungen Nachdruck zu verleihen.

(07/19/11)

## Thüringens Beamte verärgert über Hinhaltenaktik des Finanzministers

**(dbb) Trotz der Zusage des thüringischen Finanzministers Wolfgang Voß - zuletzt gegeben im April 2011 bei einem Treffen mit Vertretern des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen - gibt es noch immer keine Aussage des Ministers dazu, wann die im März 2011 vereinbarten Tarifergebnisse auf die Thüringer Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden.**

„Warten, warten, warten – und nichts passiert“, sagte der Landesvorsitzende des tbb Helmut Liebermann am 16. Mai 2011 und zeigte sich verärgert. „Zuletzt hat der Finanzminister uns trotz definitiver Handlungszusage weitere vier Wochen auf eine Antwort warten lassen. Wir fühlen uns wie ein erwartungsfroher Jungeselle nach einem Heiratsantrag – jeder Tag, der ohne Antwort vergeht, schwächt das Vertrauen auf eine langjährige glückliche Beziehung“, so Liebermann.

Thüringen sei nunmehr das letzte Land, das sich noch nicht zur Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich geäußert hat. „Es wäre vollkommen unverständlich, wenn Thüringen hier einen anderen Weg gehen würde als alle anderen neuen Bundesländer“, machte Liebermann nochmals klar.

(08/19/11)

## Bundeswehrreform: VBB vermisst klare Aussagen zur Struktur der Bundeswehrverwaltung

**Auch nach der Rede von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière vom 18. Mai 2011 zur anstehenden Bundeswehrreform vermisst der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) klare Aussagen zur Struktur der Bundeswehrverwaltung. „Die Zeit, die sich die neue Leitung des Verteidigungsressorts für eine Bestandsaufnahme nehmen wollte, hätte unter anderem für eine Aufgabenkritik bei der Bundeswehrverwaltung genutzt werden müssen. Es ist auch nicht verständlich, warum die Umfangszahlen für die Bundeswehrverwaltung ohne eine erforderliche Plausibilitätsbetrachtung festgelegt worden ist“, erklärte der Verbandsvorsitzende Wolfram Kamm.**

„So bleibt ein weiteres Mal die Sorge, dass eine Reform durchgeführt werden soll, die dem Diktat des Haushaltes unterworfen ist“, so Kamm weiter. Der VBB teile die Auffassung des Ministers, dass über ein Attraktivitätsprogramm den Dienst in der Bundeswehr für Bewerber interessant gestaltet werden müsse. Das gelte aber gleichermaßen für jene, die bereits jetzt ihren verantwortungsvollen Dienst für die Bundeswehr leisten.

„Der VBB erwartet, dass die Bundeswehrverwaltung als eigenständiger Bestandteil der Bundeswehr unter eigener Leitung erhalten bleibt. Die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr spiegelt sich auch in gesicherten Strukturen, beruflichen Perspektiven und der Präsenz in der Fläche wider“, sagte der Verbandsvorsitzende. Als Interessenvertretung vieler Menschen in der Bundeswehr sei der VBB im Reformprozess zum konstruktiven Dialog bereit.

(09/16/11)

## VBOB wehrt sich gegen den Sparkurs der Bundesregierung

**(dbb) „Wir wollen unser Weihnachtsgeld zurück“ – so die Forderung der Beamtinnen und Beamten in den Ministerien und Verwaltungen des Bundes angesichts der jüngsten Steuerschätzung. „Unsere Solidarität gerät an Grenzen. Beamte sind nicht die Sparschweine der Nation, die Politik muss verloren gegangenes Vertrauen jetzt neu begründen“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB), Hans-Ulrich Benra, am 16. Mai 2011.**

Ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung von beinahe historischer Dimension, der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit annähernd 20 Jahren, Steuermehreinnahmen von astronomischen Ausmaßen kennzeichneten die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, so Benra.

„Gleichwohl steht der öffentliche Dienst angesichts der augenblicklichen Konsolidierungsanstrengungen vor so noch nie dagewesenen Herausforderungen.“ So richtig es auch sei, dass sich der öffentliche Dienst in der vergangenen Krise solidarisch zeigte mit den Anstrengungen von Bundesregierung und Parlament, „so notwendig ist es auch, diese Solidarität wert zu schätzen und nicht zu überdehnen“, erklärte Benra weiter und erinnerte an das Sparpaket der Bundesregierung und den Vertrauensbruch in Bezug auf die fortgesetzte Absenkung des Weihnachtsgeldes bis Ende 2014 trotz anderslautender gesetzlicher Zusagen.

„Der VBOB erinnert alle verantwortlichen deutschen Politiker an ihre früheren Aussagen, dass der öffentliche Dienst in Deutschland ein Standortfaktor ist.“ Benra: „Und deshalb fordern wir unsere faire Besoldung. Wir wollen unser Weihnachtsgeld zurück und zwar sofort. Wir wollen nicht bis 2015 warten, um dann vielleicht die Absagen der Haushaltspolitiker des nächsten Deutschen Bundestages zu hören. Wir erwarten, dass die Politiker wieder zu ihren uns in der Dienstrechtsneuordnung gegebenen Versprechen stehen und angesichts des finanzpolitischen Spielraums in den kommenden Jahren die jährliche Kürzung von 511 Millionen Euro jetzt zurücknehmen. Und wir erwarten endlich die Rücknahme der linearen Stelleneinsparungen, damit der öffentliche Dienst im Bund noch eine gute Zukunft hat.“ (10/19/11)

## DPoIG widerspricht Medienberichten über Polizeifehler bei der Loveparade

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat Berichten widersprochen, bei der Tragödie bei der Duisburger Loveparade mit 21 Toten und rund 500 Verletzten habe es offenbar schwerwiegende Fehler bei der Einteilung der Polizeikräfte gegeben. Ein Schichtwechsel von Polizeikräften am engen Zugangstunnel zum Loveparade-Gelände habe „nicht ursächlich zu dieser Katastrophe beigetragen“, sagte DPoIG-Vorsitzender Rainer Wendt am 16. Mai 2011 dem TV-Sender n-tv.**

Wendt reagierte damit auf einen „Spiegel“-Bericht, wonach laut Duisburger Staatsanwaltschaft der Schichtwechsel wegen der Dienstzeitbegrenzung der eingesetzten Beamten auf maximal zwölf Stunden notwendig geworden war. Die entsprechende Änderung des Einsatzbefehls bei der Loveparade habe polizeiintern scharfe Kritik hervorgerufen, berichtete der „Spiegel“. Die geplante Ablösezeit am Nachmittag falle in die „kritische Einsatzphase“ der Technoparade, in der man dann nur „eingeschränkt handlungsfähig“ wäre. Die Kräfte könnten in dem Gedränge nur unter großen

Schwierigkeiten ihren Einsatzort erreichen. Für zwei Stunden könne nicht garantiert werden, dass polizeiliche Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt würden.

Die tödliche Massenpanik am überfüllten Zugangstunnel zur Loveparade war am Nachmittag während der bereits laufenden Veranstaltung ausgebrochen. Wendt unterstrich, nach seinen Informationen sei der Schichtwechsel vor 16.00 Uhr erfolgt und könne daher nicht Ursache der Tragödie sein. Im Übrigen werde ein Schichtwechsel vor Ort durch den Polizei-

fürher vor Ort angeordnet. „Das hat überhaupt nichts mit der Einteilung der Arbeitszeit zu tun.“

Das wird lageangepasst durch die Einsatzleitung gemacht.“  
(11/19/11)

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Der **dbb** bietet zusätzlich zu den PDF-Tabellen auf der Homepage auch weiterhin Druckexemplare aller inzwischen vorliegenden Besoldungstabellen 2011 für die Länder an. Der dbb übernimmt einen Druckkostenzuschuss sowie das Druck-, Koordinierungs- und Auslieferungsmanagement. Mit den gedruckten dbb Besoldungstabellen wird ein seit Jahrzehnten bekanntes und bewährtes „Markenzeichen“ angeboten, das das einheitliche Erscheinungsbild des dbb stärkt. Gleichzeitig wird damit allen Dienstherren signalisiert, dass der dbb trotz der Föderalismusreform weiterhin als eine geschlossene Organisation mit fast 1,3 Millionen Mitgliedern als Verhandlungspartner und starke Interessenvertretung präsent ist.

Hunderte Kolleginnen und Kollegen bei der Berliner Charité Facility Management GmbH (CFM) haben sich in den vergangenen zwei Wochen an den Streiks beteiligt und Flagge gezeigt. Der Arbeitskampf hat Wirkung gezeigt: Die Geschäftsführung der CFM hat der **dbb tarifunion** ein Verhandlungsangebot unterbereitet. Ab 31. Mai 2011 sollen die Verhandlungen für die Beschäftigten der Charité-Tochter beginnen. Die Geschäftsführung hat außerdem zugesagt, die Tarifkommissionsmitglieder für die Verhandlungen und Tarifkommissionssitzungen freizustellen, damit eine Vor- und Nachbereitung der Verhandlungen erfolgen kann. Dazu war die Arbeitgeberseite in der Vergangenheit nicht bereit. Zum Wohl der Patientinnen und Patienten haben die CFM-Beschäftigten ab 14. Mai 2011 ihren Dienst wieder aufgenommen. Sollte die Geschäftsführung im Rahmen der Verhandlungen ihre Verzögerungstaktik wieder einsetzen, werden die Streiks fortgesetzt, so die dbb tarifunion.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat sich gegen eine Wiedereinführung dauerhafter Grenzkontrollen in Europa ausgesprochen. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 12. Mai 2011: „Permanente Grenzkontrollen wären ein riesiger Verlust für Europa. Eine wichtige Errungenschaft des historischen Einigungsprozesses würde aufs Spiel gesetzt – die Reisefreiheit in der EU.“ Die Diskussion um die Aussetzung des Schengen-Abkommens - vor dem Hintergrund der Pläne Dänemarks zur Wiedereinführung dauerhafter Grenzkontrollen geführt - zeige, dass eine dringende Abstimmung innerhalb der EU über Flüchtlingsfragen notwendig ist: „Das Problem der nach Europa drängenden Flüchtlinge aus Nordafrika löst man nicht mit Kontrollen an innereuropäischen Grenzen, bei denen unbescholtene EU-Bürger unter die Lupe genommen werden. Hier ist kluge und solidarische europäische Politik gefragt.“

Der Chef des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, sieht die Internet-Nutzung im Unterricht pragmatisch. „Es macht Sinn, im Erdkundeunterricht Google Earth einzusetzen und im Physikunterricht komplizierte Versuche per Internet zu zeigen“, sagte Meidinger der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 9. Mai 2011). „Es gilt aber nicht, dass der Unterricht umso besser ist, je häufiger digitale Medien eingesetzt werden.“ Eine Studie des Branchenverbandes Bitcom hatte ergeben, dass die große Mehrheit der Schüler in sozialen Netzwerken wie Facebook unterwegs ist, aber nur jeder vierte Lehrer digitale Medien regelmäßig für den Unterricht nutzt.  
(12/19/11)